

Armut und Fremdenfeindlichkeit

Autor(en): **Mäder, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **11 (1991)**

Heft 21

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651948>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Armut und Fremdenfeindlichkeit

Ein Koch erzählt mir im Rahmen unserer Studie (1): "Dann musste ich aufs Fürsorgeamt und später stempeln gehen. Alles in allem ein Jahr lang. Die Türken, die holten ihre Gutscheine mit dem BMW ab. Ich bekam gar keine. Die bekamen auch billige Wohnungen. Ich nicht. Die Spanier und Italiener haben wenigstens den Gotthardtunnel gebaut. Aber die Türken können nicht arbeiten. Ausser jene, die als Küchenbursche auf 1'000 Franken im Monat kommen, dafür aber einen hinlegen müssen. Denen würde ich sogar mehr bezahlen". Er verdient 13 Franken in der Stunde, ist verschuldet. Ohne Überstunden könnte er seine Einzimmerwohnung und die Alimente für seine beiden Kinder kaum bezahlen. "Arme gibt es in Basel schon", sagt er weiter, "aber keine echten." Alle seien selber schuld. "Fuuli Sieche." Er selber habe einfach Pech und als ehemaliger Heimzögling einen zu grossen Freiheitsdrang gehabt. Er nahm Geld auf, machte Reisen, verunfallte. Seit der Scheidung sei sein Leben endgültig "gelaufen". "Jetzt krüpple ich nur noch für die Kinder. Wie ein echter Schweizer. Mit Schaffen kann sich bei uns jeder durchschlagen." Soweit der Koch. Allem Anschein ein "Nationalist", "Rassist" und "Nonkonformist". Als "Antimilitarist" übernachtet er zur Zeit jeweils im Knast. Er hat den letzten Wiederholungskurs verweigert.

"Parallel mit der Verschärfung von Risikolagen schrumpfen", so Ulrich Beck (1986, 47), die "privaten Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten". In selektiven Wahrnehmungen wird versucht, eine alte Vulgärfassung der Marxschen Verelendungstheorie wiederzubeleben: Je grösser die Bedrohung und Unterdrückung, desto mehr wehren sich Menschen dagegen. Schön wär's! "Mit dem Ausmass der Gefahr wächst die Wahrscheinlichkeit ihrer Leugnung", schreibt Beck (1986, 100) weiter. Unter den Bedingungen einseitiger Abhängigkeit lassen sich gesellschaftliche Probleme leicht den Individuen aufbürden. Das zeigt sich in der Umwelt- und Sozialpolitik. Auch wenn bei der Wasserversorgung scheinbar alle sozialen Klassen an derselben Leitung hängen, werden bei uns die grossen Täter selten zu Opfern. Dass sie sich gerne als solche gebärden, gehört zu ihrer Strategie, Widersprüche abzuwälzen. Diese funktioniert recht gut, von oben nach unten, bis ins letzte Glied. Geprellte treten noch mehr Geprellte und machen diese für das eigene Schicksal (mit-)verantwortlich, sofern sie überhaupt damit hadern.

Imaginäre Sicherheiten bieten unauffällige, konsumorientierte Verhaltensmuster an. So werden die Bedürfnisse den Verhältnissen quasi auf den Leib geschrieben. Dies auch deshalb, weil Unzufriedenheit als Indiz für eigenes Versagen gedeutet werden könnte: Je mehr die Menschen aber objektiven Konstellationen ausgeliefert sind, welche sie kaum für veränderbar halten, desto eher subjektivieren sie nach Marianne Gronemeyer (1976, 30) ihr Unvermögen. Nach der Phrase, es käme allein auf den Menschen an, lasten sie alles den Menschen an, was an den Verhältnissen liegt, wodurch diese un-

behelligt, unveränderbar bleiben: "Die, deren reale Ohnmacht andauert, ertragen das Bessere nicht einmal als Schein. Lieber möchten sie die Verpflichtung zu einer Autonomie loswerden, von der sie argwöhnen, dass sie ihr doch nicht nachleben können." Viele Armutsbetroffene empfinden in gesteigertem Masse als bedrohlich, was sie nicht kennen: Fremdes. Zonen reduzierter Komplexität suchend, ziehen sie sich aus einer Welt zurück, die Angst macht. Wohl situierte können sich offener und grosszügiger geben. Sie haben ihr Eigenheim, ihre Arbeit. Einzelne plädieren gar für eine multiukulturelle Gesellschaft.

"Ich benötige viel Kraft, um meine Familie über Wasser halten zu können. Da kann ich mich um nichts mehr kümmern", sagt mir eine alleinerziehende Schweizerin. Benachteiligt fühlt sie sich gegenüber ihrer ausländischen Arbeitskollegin. Weil die Kinderkrippe um halb sieben Uhr schliesst, darf diese eine Viertelstunde früher Feierabend machen. Das sei ungerecht.

Einige Fakten: "einseitige Abhängigkeit"

Mit der Verbreitung der Armutsgefährdung, das zeigt die erwähnte Studie, erhöht sich die Fremdenfeindlichkeit. Immer mehr Haushalte haben Mühe, die Miete zu bezahlen. Ein Viertel der basel-städtischen Bevölkerung gehört (1989) zu jenen Gruppen, die mehr als 30% ihres steuerbaren Einkommens für die Miete aufwenden, in überbelegten Räumen leben und bei der Wohnungssuche diskriminiert werden. Je niedriger die Einkommen, desto höher sind die durchschnittlichen Mietanteile. Von den nichtverheirateten Steuerpflichtigen (einschliesslich der Einelternfamilien) verfügen 43% über ein Einkommen von weniger als 20'000 Franken. Bei 32% der Verheirateten liegt das Einkommen unter 40'000 Franken. Zusammen sind das 52'000 Steuerpflichtige. Zu den schwach Verdienenden gehören im Kanton Basel-Stadt rund 45'000 (oder 44%) der erwerbstätigen Wohnbevölkerung. Etwa 30'000 Beschäftigte sind als Hilfskräfte im Produktionsbereich tätig, 15'000 Angestellte (teilweise mit Berufslehre) im Dienstleistungssektor.

Mindestlöhne werden vom kantonalen Arbeitsamt nur für die kontrollpflichtigen AusländerInnen festgesetzt. Für Volljährige gelten (1991): 12 Franken für Coiffeure/Coiffeusen, Textil- und Lederarbeiten; 12.80 Franken im Gastgewerbe; 13 Franken im Verkauf sowie für Büro- und Unterhaltsreinigung; 14 Franken für schwere Arbeiten. Bei 44 Stunden wöchentlicher Erwerbszeit ergibt das Monatslöhne zwischen 2'200 und 2'670 Franken. 26'000 Personen beziehen im Kanton Basel-Stadt Krankenkassenprämienbeiträge. Anspruchsberechtigt sind Alleinstehende, die monatlich weniger als 2'106 Franken (1989) verdienen sowie Verheiratete (und Personen mit Unterstützungspflicht) mit weniger als 3'333 Franken.

7'000 alte und behinderte Menschen erhalten Ergänzungsleistungen. Eine ähnlich hohe Anzahl ist anspruchsberechtigt, bezieht aber die Leistungen nicht. Um 50% zugenommen haben in den letzten zehn Jahren die über 4'000 Einelternfamilien. Von ihnen sind 12% auf Fürsorgeleistungen angewiesen. Armut ist weder ein "historisches Überbleibsel", noch ein "Rand-

gruppenphänomen“. Sie verschwindet mit dem Ansteigen des Bruttosozialproduktes nicht. In Basel verfügen 1,25% der Steuerpflichtigen über gleichviel Vermögen wie der ganze Rest. Armutsbetroffen sind insbesondere die „working-poor“. Gemeint sind Menschen, die „full-time“ erwerbstätig sind, aber auf keinen Grünen Zweig gelangen. Hinzu kommen vor allem (ältere) Frauen, Kinder und AusländerInnen.

Im Kanton Basel-Stadt sind mindestens 15% der 190'000 EinwohnerInnen arm, weitere 15% armutsgefährdet. Die Zahlen unterliegen konjunkturellen Schwankungen. Die Perspektive ist ungewiss und schwer zu beeinflussen. Die einseitige Abhängigkeit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt übt auf die meisten Menschen einen enormen Anpassungsdruck aus. Die Verengung der Lebensräume erhöht das Stressempfinden. Wichtige Machtträger sind kaum erreichbar. So schimpfen ältere Menschen, die durchschnittlich über mehr als doppelt soviel Raum wie AusländerInnen verfügen, diese nähmen ihnen die schönsten Wohnungen weg.

Wir haben bei unserer Studie unter anderem versucht, Armut (2) aus der Sicht von Betroffenen darzustellen, und zwar auf der Grundlage von hundert eigenen Tiefeninterviews sowie 486 Gesprächen, die VertreterInnen sozialer Institutionen mit einem von uns ausgearbeiteten Fragebogen mit ihren „KlientInnen“ geführt haben. Dabei ist das bekannte Sündenbock-Muster immer wieder aufgetaucht. Oft steht es, wie einfache Nachfragen ergeben, auf wackligen Füßen. Durch Armut verstärkt, nicht aber begründet, hängt dessen Ausprägung vor allem von sozialen Rahmenbedingungen ab. Wichtiger als eine ausgeklügelte Typologie Armutsbetroffener ist die Frage nach dem gesellschaftlichen Wandel und den wesentlichen Kennzeichen der Armutsgefährdung.

Die innere Dynamik der Armut lässt sich nicht ohne die äusseren Umstände verstehen. Von der ArbeiterInnenbewegung ist bekannt, wie Ausgegrenzte sich zusammengerauft und engagiert haben. Wo Vereinzelung vorherrscht und Armut kaschiert wird, ist Solidarität ein Fremdwort. Das gilt nicht nur für Marginalisierte. In der Konkurrenzgesellschaft sind wir von Kindesalter an gewöhnt, von vermeintlichen Niederlagen anderer zu profitieren. Wer nicht reüssiert, empfindet das als persönliches Versagen und Hilfe als demütigend (Petersen, 1987). Viele verzichten darauf, diese anzunehmen. So wird soziale Ungleichheit weiter individualisiert (Beck 1986).

Wo alles auf Konsum getrimmt ist, passt Armut nicht ins Bild. Als Überlebensstrategie „hilft“ die Identifikation mit Begüterten. „Wenn ich eine bessere Ausbildung hätte, würde ich ja auch mehr verdienen wollen“, rechtfertigt eine Verkäuferin die bestehenden Lohnunterschiede. Sie will „auf keinen Fall motzen“ und für „dumm“ gehalten werden. Deshalb gibt sie auch vor, die Mietzinserhöhungen, die sie kaum bezahlen kann, seien dringend nötig. Erst beim zweiten Gespräch erzählt sie von ihrer Wut auf den Hausbesitzer. Wo keine konkreten Handlungsmöglichkeiten vorliegen, bleibt Empörung isoliert. Instrumentalisiert richtet sie sich beispielsweise gegen MigrantInnen. Mit der zentrumsorientierten Wachstumspolitik nimmt die Abkoppelung der Individuen von der Gesellschaft weiter zu. Das Fehlen einer

konkreten Mitbestimmungspraxis verstärkt Gefühle der Ohnmacht. Von sozialem Abstieg begleitete Biographiebrüche betreffen auch qualifizierte Berufsleute, die so innert Kürze einen enormen Verlust an Selbstvertrauen erfahren.

Die Verbreitung von Ungewissheit fördert die Bereitschaft, symbolische Sicherheiten – wie das Schweizer Kreuz – zu akzeptieren und Sündenböcke zu brauchen. Auch wenn einzelne den Militärdienst verweigern, halten viele Armutsgefährdete die Armee hoch. Hier scheint die Ordnung zu stimmen. Die erwerbs- und familienorientierten Sozialversicherungen decken die zunehmenden Risiken nicht ab, die sich aus der Differenzierung der „Normalbiographien“ ergeben. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen (Mäder, 1991) könnte die Angst vor dem Fremden und der Freiheit mindern und die Menschen darin bestärken, sich mehr für ihre Interessen einzusetzen und die Nestwärme weniger in einer engen Heimat zu suchen, die einer geschlossenen Anstalt gleicht. Das Auseinanderdriften von Gemeinschaft und Individuum sowie die Rationalisierung bescheren uns nebst psychosomatischen Erkrankungen auch neue Möglichkeiten der Autonomie und freigewählten Solidarität. Statt den vordergründigen „Rassismus“ etlicher Armutsbetroffener zu beklagen, ist an deren verkappt aufmüpfiges Potential anzuknüpfen. Dies im Sinne einer Kompetenzmotivation, die weder auf vermeintlich revolutionierende Defizite baut, noch den Menschen schmeichelt, um sie zu vereinnahmen. Wer Armutsbetroffenen zuhört, gewinnt sie auch eher für eine Auseinandersetzung mit Fremden. Wo Begegnungen zustande kommen, ist das gegenseitige Urteil positiver. Da lassen sich Vorurteile abbauen. Solche Bemühungen sind allerdings von bescheidener Reichweite, solange fundamentale Ungerechtigkeiten bestehen und die Demokratisierung zentraler Wirtschafts- und Lebensbereiche nicht vorankommt.

“... wie der letzte Dreck“

In unserer Studie haben wir uns auch mit der arbeitsrechtlichen Stellung von AusländerInnen, deren Wohnsituation, Statusunsicherheit, Gesundheit sowie den Klischee-Vorstellungen wohlmeinender SchweizerInnen befasst. „Meine Schweizer Arbeitskollegin ermahnt mich täglich, auf meinen Schlüsselbund aufzupassen, an welchem der Büroschlüssel hängt. Gegenüber ihren Schweizer Mitarbeiterinnen äussert sie diese Besorgnis nie“, berichtete im Rahmen der Studie eine Türkin gegenüber der Soziologin Anni Lanz, die 48 Besprechungen mit Türkinnen/Kurdinnen auswertete. Flüchtlinge beschwerten sich darüber, wie VertreterInnen sozialer Institutionen sie bevormunden und immer wieder an ihre Schuldgefühle appellieren. „Ich habe Angst, in gewisse Kneipen in Basel zu gehen“, erzählte mir ferner eine Mutter aus Afghanistan. „Ich wurde schon auf offener Strasse angegriffen, schlage aber nicht zurück, um Provokationen zu vermeiden. Ich renne einfach davon. Gott sei Dank, kann ich gut rennen. Im Restaurant, wo ich arbeitete, gab es nette Leute. Andere sagten mir Sachen, die sie einer Schweizerin nie sagen würden: Hast du überhaupt Unterhosen an, du stinkst ja, und so.“

(Siehe auch Jürgmeier, 1987).

“Auch ich habe viel Schlimmes gehört, aber einfach ignoriert“, ergänzte eine Kollegin aus El Salvador. “Wegen meinem Aussehen werde ich oft als Prostituierte angesprochen. Da fühle ich mich wie der letzte Dreck. Beklemmend ist für mich die Vorstellung, nicht weiter flüchten zu können. Wenn ich erfahre, wie Freunde ermordet werden, stirbt in mir etwas mit. Der Zusammenhalt mit meinem Land bricht ab, ohne dass die Schweiz zu einem neuen Daheim wird. Nur mein Mann und meine drei Kinder verstehen meine Bilder.“ – “Wenn unsere Kinder laut sind, droht unser Nachbar mit der Pistole“, sagte ein Tamile. Seit der Ermordung von fünf Asylbewerbern in Chur und Fribourg getraut sich seine Frau nicht mehr ausser Haus. Viel Ermutigendes erlebe er am Arbeitsplatz. “Schade, dass das nicht bleibt“. Alle Gesuche und Rekurse wurden abgelehnt. Vor der Flucht musste seine älteste Tochter zusehen, wie sein dritter Bruder ermordet wurde. Seither fällt sie immer wieder in Ohnmacht. Inzwischen ist auch die Nachricht von der Ermordung des Vaters und der ersten Schwester eingetroffen.

Anmerkungen

- 1) Ueli Mäder/Franziska Biedermann/Barbara Fischer/Hector Schmassmann: Armut im Kanton Basel-Stadt, 672 S. ca. 50 Franken, Karger & Libri, 1991 Basel. Direktbestellung: Soziologisches Seminar, Petersgraben 27, 4051 Basel.
- 2) Armut verstehen wir umfassend als Mangel an sozialer (materieller und immaterieller) Sicherheit. Sie ist auch eine Verletzung von Grund- und Menschenrechten. Über ein ausreichendes Einkommen zu verfügen ist in sog. hochindustrialisierten und hochzivilisierten Gesellschaften von zentraler Bedeutung. Neben der Arbeit, Ausbildung, Erziehung und einem Dach über dem Kopf beinhaltet die Existenzsicherheit auch Gesundheit, psychisches Wohlbefinden sowie den Zugang zu kulturellen Einrichtungen (einschliesslich Freizeit und Erholung).

Literatur

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. Gronemeyer, Marianne, 1976: Motivation und politisches Handeln. Hamburg.
- Jürgmeier, 1987: Das Fremde sind wir selbst. In: Widerspruch H. 13. Nation, Volk & Rasse, Zürich.
- Mäder, Ueli, 1991: Existenzsicherndes Grundeinkommen, Einwände und Argumente. In: WoZ Nr. 11, v. 15.3.91, Zürich.
- Petersen, Kathrine, 1987: Armsein heute. In: Widerspruch H. 14. Normalität, Ausgrenzung und Widerstand. 2. Auflage Zürich.